#### Öffentliche Sitzung

des Bau- und Umweltausschusses/Betriebsausschusses für Stadtentwässerung am Mittwoch, den 22.06.2022 im großen Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 16:00 Uhr Ende: 18:48 Uhr

#### Anwesend:

#### Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

#### stelly. Vorsitzender

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

Herr Bürgermeister Julius Mihm

#### CDU

Herr Stadtrat Johannes Barth Herr Stadtrat Martin Bläse

Herr Stadtrat Thomas Kaiser Herr Stadtrat Christof Preiß

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

Herr Stadtrat Georg Zimmermann

#### Bündnis 90/Die Grünen

Frau Stadträtin Barbara Bijok ab 18:12 Uhr.

Herr Stadtrat Karl Miller

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

#### **SPD**

Herr Stadtrat Johannes Zengerle

#### Die Linke

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk

#### Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski ab 16:14 Uhr.

#### FDP/FW

Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

#### Ortsvorsteher

Herr Ortsvorsteher Bernhard Feifel Herr Ortsvorsteher Gerd Zischka

#### Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

#### Verwaltung

Herr Zeno Bouillon zu TOP 1.

Herr Helmuth Caesar Herr Alexander Groll Herr Gerhard Hackner Herr Markus Herrmann

Frau Chiara Kriz zu TOP 1. Herr Jürgen Musch zu TOP 5.

Herr Helmut Ott

Frau Heidi Pail zu TOP 5. Frau Birgit Pedoth bis TOP 3. Frau Anja Tamm Herr Alexander Trautmann ab TOP 2. zu TOP 1.

Gast

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

#### Abwesend:

CDU

Streit

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl SPD Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-

#### Tagesordnung

- 1 Flächenkulisse zum Flächennutzungsplan mit Landschaftsplan der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Gmünd Waldstetten mit Zieljahr 2035 zur frühzeitigen Beteiligung
  - Beschluss Flächenkulisse
- **2** Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 620 B "Neue Feuerwehr Hutwiesen", Gemarkung Weiler
  - Aufstellungsbeschluss
- 3 14. Änderung des Flächennutzungsplanes der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Gmünd Waldstetten mit Zieljahr 2022 (Neue Feuerwehr Hutwiesen in Weiler i. d. B.)
  - Aufstellungsbeschluss
- 4 Uhlandschule in Schwäbisch Gmünd-Bettringen Digitale Medienentwicklung im Bereich Schulen Vergabe der Elektroinstallation Bezug: Gemeinderatsdrucksache Nr. 035/2017
- **5** Radweg entlang der B 298 Baubeschluss -
- **6** Ausblick auf künftige Vorhaben
- **7** Bekanntgaben
- **7.1** Stadtradeln
- 8 Anfragen
- **8.1** Pflasterbelag
- **8.2** Waldstetter Torbrücke
- **8.3** European Energy Award
- **8.4** Energiehäuser UWE-Areal
- **8.5** Neubau Bauhof
- **8.6** Logistikzentrum Spedition Brucker

<u>Oberbürgermeister Arnold</u> begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

zu 1 Flächenkulisse zum Flächennutzungsplan mit Landschaftsplan der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Gmünd - Waldstetten mit Zieljahr 2035 zur frühzeitigen Beteiligung

- Beschluss Flächenkulisse

Vorlage: 115/2022

#### **Protokoll:**

Herr Hackner präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

<u>Oberbürgermeister Arnold</u> betont, dass es nur Potenzialflächen seien, es werde nicht automatisch bebaut.

<u>Stadtrat Bläse/CDU</u> bedankt sich für den Vortrag. Der Flächennutzungsplan sei nur ein Planungsinstrument, es sei aber sehr richtungsweisend für die Stadt. Man habe eine Planungspflicht. Man müsse eine nachhaltige Planung unter Berücksichtigung aller Belange ausarbeiten. Die Fraktion habe es Punkte, die sehr wichtig seien:

- 1. Wohnraum für alle Einkommensgruppen anbieten. Dabei solle ein besonderes Augenmerk auf bezahlbarem Wohnraum liegen. Wichtig sei es nicht nur für Bürger, die hier bereits wohnen würden, sondern auch Zuzug von außerhalb solle möglich sein.
- 2. Flächen für Gewerbe und Handel bereitstellen. Hier habe man Probleme. Im Stadtteil Lindach habe man derzeit keine Fläche für Gewerbetreibende, zwei Firmen würden nach Durlangen abwandern, eine dritte Firma suche nach einem Bauplatz. Dieses Problem habe man im gesamten Stadtgebiet. Auch diese könne man nicht bedienen, man verliere Arbeitsplätze und es fehle die Gewerbesteuer. Man müsse hier eindeutig besser werden.
- 3. Wirtschaftsstandort zukunftsfähig gestalten, besonders Aspen. Es werde Zeit, die anderen Flächen zu eruieren und in den Plan einzuarbeiten.
- 4. Beachtung und Wahrung von Biotopen, Landschaftschutzgebieten und landwirtschaftl. Nutzflächen. Dies stehe manchmal im Gegensatz zu anderen Punkten, man müsse schauen, diese in Einklang zu bringen.

Grundsätzlich gelte, den Flächenverbrauch so gering wie möglich zu halten. Daher gelte grundsätzlich Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Ein Null-Flächenverbrauch sei trotz aller Anstrengungen unrealistisch. Man habe seit Jahren Abwanderungen in ländliche Bereiche, davon müsse man abkommen. Das Ampelsystem als Bewertungsmatrix finde er sehr gut. Er bedankt sich bei den Ortschaftsräten, die sehr verantwortungsbewusst mit den Flächen in den Vorberatungen umgegangen seien. Die Änderungen, die eingearbeitet worden seien, seien nachvollziehbar und wichtig. Er bedankt sich auch bei der Verwaltung für die Einarbeitung der Vorschläge. Man spreche von einer Flächenkulisse von insgesamt 186 Hektar. Die große Än-

derung habe bei den Gewerbeflächen stattgefunden. Der Vorschlag der Verwaltung sei zu gering gewesen. Die Aufstockung sei nachvollziehbar und dringend notwendig. Abzüglich der Fläche von 64 Hektar würden für Schwäbisch Gmünd 122 Hektar Fläche übrigbleiben. Dies sei auf den ersten Blick viel, aber dies seien auch Flächen, die nicht alle umgesetzt werden können, dies habe man in der Vergangenheit gesehen. Umso weniger man in der Flächenkulisse drin habe, umso mehr müsse man daran festhalten, dass man tatsächlich diese Fläche umsetzen lassen könne. Wenn der Bedarf nicht bestehe, werde man die Flächen auch nicht umsetzen. Man wolle eine gesunde, nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung für die Stadt ermöglichen. Man stimme daher dem durch die Ortschaftsräte modifizierten Flächennutzungsplan zu.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass der Ausgleich der Fläche nur für den Boden und nicht für die Fläche vorgesehen sei. Wo wolle man der Natur wieder Flächen zurückgeben, da man viel versiegeln werde? Das Ziel lasse man außen vor, obwohl der Bericht gute Vorschläge aufliste. Man habe keine konkreten Vorschläge erhalten. Es gehe nicht um den Ausgleich, der durch die Bebauungspläne gesetzlich vorgeschrieben sei. Es gehe darum, dass man einen Ausgleich Richtung netto Null erzeuge. Dies könne man durch eine höhere Wertigkeit erzeugen. Er schlägt für Bettringen vor, dass zusammenhängende Biotope ergänzt werden und untere in höhere Bereiche gestellt werden. Dies hätte man in den Ortsteilen diskutieren sollen. Leider habe man dazu nichts gehört. Man solle in den Stadtteilen Vorschläge kommen, wie in einzelnen Teilen Ausgleiche geschaffen werden können. Dies gelte es anzugehen, dies sei seither nicht gemacht worden. Er wolle noch einzelne Dinge ausführen. Flächen für erneuerbare Energien benötige man dringend bis zum Herbst, man wolle erfahren, wer Flächen bereits angeboten habe. Man wolle in den Prozess einbezogen werden. Zu den einzelnen Bereichen führt er Folgendes aus: Die Zunahme des Verkehrs in Straßdorf sei nicht nachgewiesen, weder innerhalb von Straßdorf noch der, der auf die Innenstadt zukomme. Es sei nicht vorstellbar, dass man das Hölltal beseitige, um eine breitere Straße zu machen. Straßdorf müsse daher überlegen, wie man mit dem Verkehr klarkomme. Den Schönblick habe man bereits abgelehnt, ebenso wie den Gaskessel. Lobend sei, dass Bettringen das Lindenfeld zurückgewiesen habe. Beim westlichen Stadttor würden die Flächen nördlich des Bahngeländes fehlen. Hier würde er eine Erweiterung vorschlagen. Beim nördlichen Stadttor in Becherlehen solle der untere Bereich bebaut werden, auch zur Aufwertung der Mutlanger Straße. Man wolle keine riesigen Einfamilienhausgebiete, man anerkenne aber einen Bedarf der Teilorte. Bei einzelnen Maßnahmen könne man daher mitgehen. Dem Beschlussvorschlag könne man daher nicht zustimmen.

<u>Herr Hackner</u> antwortet, dass man aktiv dran sei. Man sei auch dran, aktiv Flächen zu erwerben.

<u>Oberbürgermeister Arnold</u> antwortet, dass man dies noch aufarbeiten werde. Man werde dies in einer Sitzung mit den baupolitischen Sprechern behandeln. Man habe den Deutenbach explizit herausgenommen, dies seien 12 Hektar gewesen.

<u>Stadtrat Zengerle/SPD</u> bedankt sich bei der Verwaltung, dass man in den Ortschaftsräten die Maßnahmen vorgestellt habe. In Bettringen sei man froh, dass das Lindenfeld nicht komme, da es auch verkehrstechnisch ein Problem gewesen sei. Er erkundigt sich nach dem Gleispark. Sei dies ein Misch- oder ein Gewerbegebiet?

Herr Hackner antwortet, dass es nach Bebauungsplan ein Gewerbegebiet sei.

<u>Stadtrat Zengerle/SPD</u> findet es positiv, dass Solarfläche kommen würden, man sei gespannt wie es mit den Potenzialflächen weitergehe. Ein großer Teil der Fraktion werde zustimmen.

<u>Oberbürgermeister Arnold</u> betont, dass man dem Wunsch nachkomme, dass man die erneuerbaren Energien aufzeige. Dies heiße aber nicht, dass man es auch so umsetzen werde. Es sei sehr lukrativ für die Landwirtschaft, auf Solar zu gehen. Man müsse schauen, wie man damit umgehe.

Stadtrat Zengerle/SPD erkundigt sich nach Windkraftflächen.

<u>Oberbürgermeister Arnold</u> antwortet, dass man dies vorhabe, dies aber in den Regionalplan aufgenommen werden müsse.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE führt aus, dass man Aspen zugestimmt habe, es sei eine große Herausforderung und man brauche dafür Flächen. Vieles, was genannt worden sei, sei ein Bedürfnis, man müsse jedoch Prioritäten setzen. Es heiße in der Vorlage, dass die Flächen für erneuerbare Energien erst später festgesetzt werden. Hier widerspreche er, da die Flächen absoluten Vorrang haben sollten. Eine ganze Reihe von Flächen, die jetzt in der Flächenkulisse schon genannt seien, kämen als solche Flächen in Frage. Man habe kaum Möglichkeit, auf die Flächenkulisse Einfluss zu nehmen. Es sei nichts gemeinsam Erarbeitetes. Alle Flächen, bei denen die Weiterentwicklung gestoppt werden könnte, sollten geprüft werden, ob es tatsächlich notwendig sei. Dies sei eine Frage der Priorität. Es sei eine ungeheure Anstrengung, die Flächen zu bewerten. Die Ergebnisse seien jedoch nicht nachvollziehbar. Wenn man bei der gro-Ben Mehrzahl der Flächen feststelle, dass die Fläche aus ökonomischen Gründen auf Rot stehe, dann verstehe er nicht, wie man es ökologisch auf Grün setzen könne. Während der Zeit habe sich ein wichtiger Punkt in das Bewusstsein gedrängt, die Bedeutung landwirtschaftlicher Fläche. Jeder Hektar, den man bewahren oder gewinnen können für den Anbau von Lebensmitteln, verringere die Ernährungsabhängigkeit. Dies sei auch eine Frage der Prioritätensetzung. Die Fraktion könne nicht zustimmen.

<u>Bürgermeister Mihm</u> führt aus, dass es nicht um die Frage gehe, ob die Fläche für eine Firma geeignet sei oder nicht, sondern um die Wirtschaftlichkeit der Herstellung, es gehe hier vor allem um die Erschließungskosten.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass man bei der Landwirtschaft zwischen der individuellen und der industriellen unterscheiden müsse. Außerdem benötige man auch Leute, die es machen wollen. Die Landwirtschaft sei kapitalisiert worden. Man brauche die Menschen, den Willen und die Betriebe. Man sei geprägt von einer vorwiegenden Nebenerwerbslandwirtschaft. Hier sei viel aufgegeben worden. Er wolle dem agrarromantischen Bild widersprechen. Die Biotopverbundplanung müsse im Zusammenhang gesehen werden. Für den Norden werde man am 04.07.2022 um 19 Uhr in der Eichenrainhalle in Lindach eine Informationsveranstaltung durchführen, für den Süden am 07.07.2022 in der Uhlandhalle in Bettringen.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste findet es positiv, dass man den Flächennutzungsplan um 30 Hektar reduziert habe. Die weiteren Aspekte seien von Stadtrat Bläse und Stadtrat Miller umfassend dargelegt worden. Es sei ein höchst ehrgeiziger Plan, etwas aufzustellen, was bis 2035 Bestand haben solle. Deswegen müsse der Flächennutzungsplan als Angebot der Stadt gesehen werden, um auf etwaige Nachfrage reagieren zu können; aber nicht, dass man alles realisieren wolle. Vor dem Hintergrund sehe er die Entwicklung als Zukunftskonzeption, die der Stadt die Handlungsmöglichkeiten offenhalten solle. Daher könne man dem Flächennutzungsplan zustimmen. Besonders hervorheben wolle er die Fleißarbeit, die dahinterstecke. Auf diese Weise habe man eine Bewertung und einen Überblick erhalten, was die Gesamtsituation der Stadt betreffe. Dies sei eine sehr gute Grundlage für weitere Entscheidungen.

<u>Stadtrat Vatheuer/FDP/FW</u> bedankt sich für die Planung. So müsse der Prozess laufen. Man müsse die Rahmenbedingungen schaffen, dass sich die Teilorte entwickeln können, diese seien das Rückgrat der Stadt Schwäbisch Gmünd. Man dürfe hier kein Bremsklotz sein. Schade sei, dass es vergleichbare Entwicklungsperspektiven nicht für die Kernstadt gebe, hier hätte er sich mehr Mut gewünscht. Auch dass der Deutenbach nicht mehr vorkomme, sei sehr schade. Man brauche keine Parkanlage mitten in der Stadt, da es bereits Natur in unmittelbarer Umgebung, beispielsweise durch das Hölltal, gebe.

Stadtrat Preiß/CDU äußert, dass es 3,5 und keine 12 Hektar beim Deutenbach seien. Stadtrat Miller müsste wissen, dass die Bebauung in Zukunft gewaltig zurückgehen werde. Es treffe die gesamte Bauwirtschaft, diese stehe vor einem großen Einbruch. Zement werde kontingentiert. Die Entwicklung gehe so weiter. Die Flächen, die man ausgewiesen habe, würden mit Sicherheit nicht alle bebaut werden. Was ihn umtreibe, sei die gewerbliche Entwicklung. Wenn jemand nach Schwäbisch Gmünd komme und sich hier niederlassen wolle, habe die Stadt derzeit kaum Flächen, um die Unternehmen anzusiedeln. Dies seien jedoch diejenigen, die Arbeitsplätze ausweisen und Gewerbesteuer einzahlen würden. Die Fläche solle man nicht unnötig erweitern, aber wenn es um Arbeitsplätze gehe, dann müsse die Stadt beweglicher werden, um Flächen auszuweisen. Man hätte hier mehr Flächen ausweisen müssen, es sei die Vorwärtsentwicklung der Stadt. Wenn man dies perspektivisch nicht hinbekomme, sei es eine Katastrophe.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man den Bogen nicht überspannen dürfe. Man habe einen anderen Ansatz gewählt, man habe Aspen als zusammenhängendes großes Gebiet gewählt und danach sei man in das Dezentrale in den Teilorten gegangen. Er fasst zusammen, dass man beim Wohnen Gebiete herausgenommen habe. Hinzu würden noch die erneuerbaren Energien kommen. Man müsse von der Landesregierung auch die Möglichkeit haben, dass neue Möglichkeiten gelten. Er sei nicht so pessimistisch.

<u>Stadtrat Preiß/CDU</u> merkt an, wenn man keine Industrieansiedlungen mehr tätigen würde, brauche man auch keine Wohngebiete. Die Betriebe würden abwandern.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass dies ein wichtiger Punkt sei. Man habe eine gestiegene Zahl von Auspendlern. Man wolle Perspektiven bieten. Man müsse den Mut haben, es anders zu planen und die Bedarfe zu berücksichtigen, beispielsweise

auch in die Höhe zu bauen. Man werde dadurch urbaner.

Auszug zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60 nachrichtlich an Amt:

# zu 2 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 620 B "Neue Feuerwehr Hutwiesen", Gemarkung Weiler

- Aufstellungsbeschluss

Vorlage: 103/2022

#### **Protokoll:**

<u>Oberbürgermeister Arnold</u> führt in den Sachverhalt ein. Man werde TOP 2 und TOP 3 gemeinsam behandeln.

Herr Hackner stellt den Sachverhalt vor (siehe Anlage).

Ortsvorsteher Feifel betont die Wichtigkeit der Fläche. Man lege Wert darauf, dass man Ausgleichsflächen schaffe.

<u>Stadtrat Bläse/CDU</u> bedankt sich. Man merke, dass man vorausschauend denke. Man stimme zu.

<u>Stadtrat Tickert/Bündnis 90/Die Grünen</u> äußert, dass es gut gewesen wäre, wenn man die Folien bereits in den Unterlagen gehabt hätte. Es bringe Synergieeffekte und die Barrierefreiheit mit sich. Er erkundigt sich, warum die Fläche nun als Mischgebiet ausgewiesen werde.

<u>Herr Feifel</u> antwortet, dass es seit Jahren eine Anfrage eines Schreiners gebe.

<u>Stadtrat Zengerle/SPD</u> findet es sinnvoll, dass die Arrondierung stattfinde und dass es sinnvoll genutzt werde. Er erkundigt sich, ob die Wetterstation erhalten bleibe.

Ortsvorsteher Feifel bestätigt dies, da diese auf seinem Grundstück stehe.

<u>Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE</u> äußert, dass es wieder eine Sache der Prioritäten sei, die Feuerwehr habe Priorität. Er bittet darum, die Fläche zu bewerten. Prioritäten zu setzen heiße immer auch, auf etwas Anderes zu verzichten. Die Frage sei, ob man das eine mache und dann auf das andere verzichte.

Ortsvorsteher Feifel antwortet, dass es eine Arrondierungsthematik sei.

<u>Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste</u> äußert, dass Weiler ein neues Feuerwehrhaus brauche.

<u>Stadtrat Vatheuer/FDP/FW</u> signalisiert Zustimmung, es sei eine vorbildliche Planung, die man vorgenommen habe. Er erkundigt sich nach dem Hochwasserschutz.

<u>Ortsvorsteher Feifel</u> antwortet, dass er hier keine Bedenken, er habe einmal ein Jahrhunderthochwasser erlebt. Man könne es so ausgleichen, dass man mit der Hochwassersituation zurechtkomme.

<u>Stadtrat Christian Krieg/CDU</u> wirbt für Zustimmung, es sei der Idealstandort. Man habe sich mehrere Jahre damit beschäftigt. Man habe die Anregungen der Bürger entgegengenommen und erarbeitet, wohin man Weiler entwickeln wolle. Der Ortschaftsrat habe einstimmig zugestimmt. In Weiler sei auch der Punkt wichtig, wo der Ort so richtig anfange. Dies sei eine Lösung, wo man ein neues Herz für Weiler generiere. An dem Platz werde das neue Herz von Weiler schlagen.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass Gestaltungsmöglichkeiten am alten Standort des Bezirksamtes entstehen würden. Das Bauwerk gehöre zum Eigentum der VGW, man könne hier Wohnraum schaffen. Bei dem neuen Bauwerk habe man die Möglichkeit, auch einen Trauort auf dem Dach des Bezirksamtes zu schaffen.

Auszug zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60 nachrichtlich an Amt:

zu 3 14. Änderung des Flächennutzungsplanes der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Gmünd - Waldstetten mit Zieljahr 2022 (Neue Feuerwehr Hutwiesen in Weiler i. d. B.)

- Aufstellungsbeschluss

Vorlage: 105/2022

#### **Protokoll:**

Siehe TOP 2.

Auszug zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60 nachrichtlich an Amt:

zu 4 Uhlandschule in Schwäbisch Gmünd-Bettringen Digitale Medienentwicklung im Bereich Schulen Vergabe der Elektroinstallation

Bezug: Gemeinderatsdrucksache Nr. 035/2017

Vorlage: 089/2022

#### **Protokoll:**

Herr Caesar stellt den Sachverhalt vor (siehe Anlage).

<u>Stadtrat Bläse/CDU</u> signalisiert Zustimmung. Ein Teil sei bereits realisiert worden.

<u>Stadtrat Zengerle/CDU</u> erkundigt sich, ob der Nordbau auch versorgt werde.

<u>Herr Caesar</u> antwortet, dass bis 2024 alle Schulen elektrisch erneuert werden würden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

#### **Beschluss:**

Vergabe der Elektroinstallation an der Uhlandschule in Schwäbisch Gmünd– Bettringen an die Firma PLD aus Schwäbisch Gmünd mit einer Angebotssumme von 393.238,95 €/brutto.

Auszug zur weiteren Bearbeitung an Amt: 65 nachrichtlich an Amt:

# zu 5 Radweg entlang der B 298 - Baubeschluss - Vorlage: 104/2022

#### **Protokoll:**

Oberbürgermeister Arnold führt in den Sachverhalt ein, man habe lange gearbeitet und man freue sich auf die Realisierung.

Herr Musch stellt den Sachverhalt vor.

Herr Biekert stellt die Planungen vor (siehe Anlage).

Oberbürgermeister Arnold ist es wichtig, dass man die Mauer begrüne.

<u>Stadtrat Kaiser/CDU</u> bedankt sich für die Vorstellung. Man warte seit Jahren darauf, Nord-Süd sei von der Topografie sehr schwierig, es sei gut, dass man eine Lösung gefunden habe. Es sei der richtige Weg an der Stelle. Im Bereich der Querungshilfe solle man genügend Aufstellfläche schaffen. Die Serpentinen hätten unterschiedliche Steigungen, er erkundigt sich, ob dies einen topografischen oder technischen Hintergrund habe. Ansonsten sei es eine gute Sache, die Zukunft werde zeigen, dass es auch vom Radfahrer angenommen werde. Man solle überlegen, wie man die Anbin-

dung an die Mutlanger Straße an Becherlehen schaffe. Man solle die Gebäude kaufen, wenn die Möglichkeit bestehe.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für die Vorträge. Man freue sich, dass man so viel Förderung bekomme. Ohne diese hohe Förderung hätte man es sich vermutlich nicht leisten können. Man habe es bereits in der interfraktionellen Radgruppe vorberaten. Bei der Querungshilfe erkundigt er sich, wie man mit Fahrradanhänger darauf Platz habe. Dies habe man nicht beraten, man bitte um Nachbesserung. Man freue sich, die Strecke habe aber auch Tücken für die Fahrradfahrer aufgrund der Steigung.

Herr Hackner antwortet, dass man dran sei.

<u>Herr Musch</u> antwortet, dass man die Steigungen aufgrund des bestehenden Geländes habe.

Herr Biekert antwortet, dass die Fahrbahn ausreichend breit sei.

<u>Herr Musch</u> führt aus, dass der Wald nicht beleuchtet werden dürfe, man verlege aber Leerrohre mit.

<u>Herr Biekert</u> prüft, ob man 15 Prozent Steigung hinbekomme. Der Gefällewechsel sei nicht anders machbar.

<u>Stadtrat Zengerle/SPD</u> bittet darum, die Becherlehenstraße vorziehen, damit man im nächsten Jahr schon fahren könne. Außerdem erkundigt er sich, ob man eine Beleuchtung im Bereich der zwei Kurven anbringen könne.

Herr Musch antwortet, dass man es mit dem Forst abklären müsse.

<u>Herr Biekert</u> führt aus, dass man den Weg parallel zu den Stützkolonnen bauen müsse.

<u>Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE</u> erkundigt sich nach Möglichkeiten, um den Verkehr zu verlangsamen.

Herr Biekert antwortet, dass es eine ähnliche Situation wie in Lindach sei.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE bittet um Prüfung von Fahrradschutzstreifen.

<u>Herr Musch und Herr Biekert</u> antworten, dass alle Verkehrsteilnehmer Rücksicht aufeinander nehmen müssten. Eventuell reiche auch die Anbringung von Piktogrammen aus.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE erkundigt sich, ob man den Radweg im Winter räume.

<u>Oberbürgermeister Arnold</u> antwortet, dass es eine sehr gefährliche Strecke im Winter sei und man daher davon absehen wolle.

<u>Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste</u> bedankt sich für den Vortrag. Er freue sich auf den Radweg.

<u>Stadtrat Vatheuer/FDP/FW</u> schließt sich dem an. Er erkundigt sich nach der durchschnittlichen Steigung der Gesamtstrecke.

<u>Herr Biekert</u> antwortet, dass er dies nicht auswendig sagen könne, aber dass es wie eine Treppe ansteige.

<u>Stadtrat Preiß/CDU</u> äußert, dass man die Strecke vor einiger Zeit abgefahren und festgelegt habe, dass man die zwei Kuppen entschärfen müsse.

<u>Oberbürgermeister Arnold</u> bedankt sich für die Ausführungen, man werde die Anregungen prüfen.

Auszug zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66 nachrichtlich an Amt:

#### zu 6 Ausblick auf künftige Vorhaben

#### **Protokoll:**

Keine.

#### zu 7 Bekanntgaben

#### zu 7.1 Stadtradeln

#### **Protokoll:**

<u>Erster Bürgermeister Baron</u> macht auf das Stadtradeln aufmerksam, es sollten sich möglichst viele anschließen.

Auszug zur weiteren Bearbeitung an Amt: nachrichtlich an Amt: 11

#### zu 8 Anfragen

#### zu 8.1 Pflasterbelag

#### **Protokoll:**

<u>Stadtrat Preiß/CDU</u> nimmt Bezug zum Pflasterbelag in der Robert-von-Ostertagstraße. Man solle dies künftig nicht mehr machen. Der Sanierungsaufwand sei immer sehr hoch und es halte dann nur ein/zwei Jahre.

Auszug zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66 nachrichtlich an Amt:

#### zu 8.2 Waldstetter Torbrücke

#### **Protokoll:**

<u>Stadtrat Kaiser/CDU</u> äußert, dass an der Waldstetter Torbrücke derzeit keine Bautätigkeit ersichtlich sei, er möchte daher wissen, ob alles wie geplant ablaufe.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass ihm nichts Gegenteiliges bekannt sei.

Auszug zur weiteren Bearbeitung an Amt: nachrichtlich an Amt: 66

#### zu 8.3 European Energy Award

#### **Protokoll:**

<u>Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen</u> erkundigt sich, wann der Termin für den European Energy Award, der vor der Sommerpause stattfinden solle, geplant sei.

<u>Oberbürgermeister Arnold</u> antwortet, dass Frau Zanek noch auf die Teilnehmer mit dem genauen Termin zukommen werde.

Auszug zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11 nachrichtlich an Amt:

### zu 8.4 Energiehäuser UWE-Areal

#### **Protokoll:**

<u>Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen</u> bittet um Vorstellung der geplanten Energiehäuser auf dem UWE-Areal.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man die Anregung gerne aufnehme.

Auszug zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60 nachrichtlich an Amt:

#### zu 8.5 Neubau Bauhof

#### **Protokoll:**

<u>Stadtrat Zengerle/SPD</u> erkundigt sich, wann man in die Standortfindung des städtischen Bauhofs eingebunden werde. Das Gremium solle nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden wie es bei der Feuerwehr der Fall gewesen sei.

<u>Erster Bürgermeister Baron</u> antwortet, dass man beim Florian die Fraktionen von Anfang an sehr eng eingebunden habe. Vor allem die feuerwehrpolitischen Sprecher seien eingebunden gewesen. Der Florian sei sehr ausführlich diskutiert worden.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass man mit dem Bauhof ins Gremium komme, sobald man Klarheit habe.

Auszug zur weiteren Bearbeitung an Amt: nachrichtlich an Amt: 65, 68

#### zu 8.6 Logistikzentrum Spedition Brucker

#### **Protokoll:**

<u>Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE</u> äußert, dass er aus der Presse entnommen habe, dass die Spedition Brucker ein Logistikzentrum auf dem Gügling plane. Er erkundigt sich nach der Fläche und ob man dies im Gremium bereits behandelt habe.

<u>Oberbürgermeister Arnold</u> antwortet, dass es die Andritz-Fläche sei. Es gebe Bewegung. Man werde dies im BUA vorstellen, die Fraktionsvorsitzenden seien informiert.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt <u>Oberbürgermeister</u> <u>Arnold</u> die Sitzung.

Auszug zur weiteren Bearbeitung an Amt: nachrichtlich an Amt: 10.4, 60

### Für die Richtigkeit!

Den Oberbürgermeister:	Den Stadtrat:	Den Schriftführer:
	Den	
	Stadtrat:	